

IGR-Newsletter

Spezialausgabe Grenzen

April-Mai 2020

EDITO

Roger Cayzelle



Europa und die Großregion an einem Scheidenweg

Noch vor wenigen Wochen **schien die Schließung der Grenzen die falsche Antwort** auf die aufkommende Epidemie zu sein. In der Tat haben sich in der Vergangenheit oft große Epidemien auf dem Planeten entwickelt, unabhängig davon, in welchem Maße einzelne Länder ihre Grenzen geöffnet oder geschlossen haben. **Sich zu verbarrikadieren wäre sinnlos gewesen.**

Der Anstieg des Coronavirus und die Verschlechterung der Situation haben die Europäer jedoch dazu veranlasst, diese Argumentation aufzugeben **und ihre Grenzen zu schließen, oft auf brutale Weise.** Diese Situation, die voraussichtlich noch mindestens einige Wochen andauern wird, **steht im Widerspruch zum Schengener Abkommen**, das den freien Personen- und Warenverkehr innerhalb eines riesigen europäischen Territoriums, das über die Grenzen hinausgeht, vorsieht. **Auf der Ebene der grenzübergreifenden Großregion ist es daher derzeit nicht mehr möglich, sich frei von einer Region zur anderen zu bewegen**, mit Ausnahme von Grenzarbeitern, von denen die meisten bisher nicht von der Telearbeit profitieren konnten.

Diese Entscheidungen haben **starke Auswirkungen auf unsere Großregion**, die Viele seit so vielen Jahren aufbauen wollen und die auf dem Willen beruhen, einen kohärenten und integrierten Raum zu schaffen. **Sie erwecken den Eindruck eines Rückschritts** trotz **mehrerer kooperativer Bemühungen**, insbesondere im Bereich der Gesundheit (Aufnahme von französischen Patienten) und der Vernetzung **von Verwaltungen auf den verschiedenen Seiten der Grenze und den grenzüberschreitenden Strukturen** die Fragen der Grenzarbeitnehmer und ihrer Arbeitgeber aber auch Studenten und Auszubildende zu beantworten*.

Akteure und Bürger der verschiedenen Hänge haben sich auch in den Medien geäußert, wie **in diesem IGR-Newsletter zu sehen ist.**

Die Grenzsicherungen sind zweifellos nur vorübergehend, **aber wir meinen, daß es notwendig ist, eine echte europäische Souveränität aufzubauen**, die es einer größtmöglichen Zahl von Menschen ermöglicht, informiert zu werden, zu debattieren, zu entscheiden, zu bewerten und zu kontrollieren.

Wie sieht es im Moment mit dem aus, was passiert ist? Wie waren die Reaktionen der beteiligten Personen? Abgesehen von den gesundheitlichen Aspekten dieser ernststen Krise, wie können wir uns davon erholen, **indem wir gemeinsam über die Zukunft Europas und unseres Gebiets der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit nachdenken?** Wie kann die Großregion die

Zusammenarbeit stärken, indem sie die Lehren aus den Ereignissen zieht, wie **Tobias Hans und Jean Rottner** kürzlich in einer Kolumne der Frankfurter Allgemeinen Zeitung gefordert haben?

Wir wollen Zeugnisse von engagierten Akteuren auf beiden Seiten der Grenze veröffentlichen. Sie könnten es uns ermöglichen, **besser zu verstehen, was auf der Ebene der verfolgten Politiken geschehen ist, und vielleicht einen bescheidenen Beitrag zur Zukunft der Großregion zu leisten.**

* <https://www.frontaliers-grandest.eu/fr/actualites/coronavirus-frontaliers-f-a-g>
<http://www.granderegion.net/COVID-19>
<http://www.interreg-gr.eu/fr/information-covid-19/>

UNSERE MITGLIEDER ÄUßERN SICH...

Die Mitglieder des IGR wollten auf die Schließung der Grenzen im Schengen-Raum reagieren. Wir geben ihnen hier das Wort auf der Grundlage schriftlicher Erklärungen oder transkribierter Äußerungen in Interviews mit Radio RCF Lorraine.

► **Bruno Echterbille,**
vice-président de l'IGR, premier échevin à Herbeumont (B)

(verfasst am 12. April 2020)

« Die Pandemie hat in Belgien ein Wunder geschehen lassen: eine föderale Regierung, die ohne eine Rückkehr zu den Wahlen Anfang 2020 und zum ersten Mal mit einer Premierministerin, Sophie Wilmès, für unmöglich gehalten war. Es wurde zwischen den Partnern vereinbart, dass diese Regierung sechs Monate, bis September 2020, dauern wird.

Hinsichtlich der schrittweisen Auslokierung für Wallonien und Belgien ist die Frist auf den 3. Mai (31. August für alle Massenveranstaltungen) festgelegt. Wir haben keine Bescheinigungen für unsere Ausflüge nach draußen oder in die Umgebung, die eingehalten werden müssen, aber dennoch gibt es Geldstrafen für die Nichteinhaltung des Lockdowns.

Wie bei den anderen drei Komponenten der Großregion hat es ein Wiederaufleben des Zentralstaates mit einer Abnahme der Autonomie der anderen Machtebenen gegeben. Aber die Spannungen hinsichtlich des Umgangs mit der Krise sind spürbar. So wollte die Bundesregierung beispielsweise Besuche in Altersheimen wieder zulassen. Eine Entscheidung, die viele Belgier auf dem Höhepunkt der Pandemie für abwegig hielten; die meisten Gemeinden beschlossen, der Empfehlung nicht zu folgen und diese Besuche nicht zuzulassen.

Die Debatten über die Auflockerung und die anzuwendende Methode sind ebenso kontrovers wie in Frankreich, aber wir stellen vor allem die Rückkehr der Staaten zu ihrer zentralisierten Formel fest, zum Nachteil eines Europas, das in der Geschichte dieser Pandemie als machtlos beurteilt wurde und die grenzüberschreitende Arbeit auf einige wenige Fälle beschränkt ist.

Diese Pandemie hat viele politische und wirtschaftliche Fragen unter den Teppich gekehrt, aber die Rückkehr zur Normalität dürfte für einen belgischen Staat besonders schmerzhaft sein, der dem flämischen Nationalismus in großen Wahlformen und den sozioökonomischen Katastrophen, die sich in den kommenden Monaten vervielfachen werden, ausgeliefert ist. »

■

Franz-Peter Basten,
vice-président de l'IGR,
Christoph Grimm et Bernhard Karster
membres de l'IGR

(tribune parue dans le *Trierischer Volksfreund* le 6 avril 2020)

« Europa befindet sich in der größten Krise seit dem zweiten Weltkrieg. Enttäuscht nehmen die Menschen ein Versagen der europäischen Institutionen wahr. Die nationalen Regierungen stehen vor großen Herausforderungen, aber die europäische Solidarität, der Umgang mit den Binnengrenzen und die Handhabung von Risikogebieten wären und sind europäische Aufgaben.

Wir beziehen uns auf den "Trierer Appell" vom Februar 2017 und den Aufruf zur Europawahl vom Mai 2019. Wir wiederholen angesichts der katastrophalen Auswirkungen der Corona - Epidemie die Forderung zur Einrichtung handlungsfähiger Institutionen und zur Schaffung von wirksamen Entscheidungsstrukturen auf der Ebene der Großregion.

Der Umgang der nationalen und regionalen Regierungen und Institutionen mit der Epidemie orientiert sich vorwiegend an nationalen Grenzen und hinterlässt den fatalen Eindruck, dass Europa in dieser Krise überhaupt nicht existiert - weder auf gesamteuropäischer- noch auf der Ebene der Großregion.

Das ist umso enttäuschender, als es ja ein Gründungsgedanke der Europäischen Union war, ein wirksames Instrument der Völker Europas gegen globale Gefährdungslagen zu schaffen. Stattdessen werden gerade die Bürgerinnen und Bürger, die in den Grenzregionen von Luxemburg, Belgien, Frankreich und Deutschland seit Jahren Europa vorbildlich und ganz praktisch leben, mit einseitig veranlassten bewaffneten Grenzkontrollen konfrontiert. Wer einen "Passierschein" besitzt, darf in Luxemburg einreisen, Luxemburger, die keinen "triftigen" Grund geltend machen können, dürfen nicht nach Deutschland einreisen.

Eine wirklich gesundheitspolitisch überzeugende Begründung für diese Maßnahmen ist bisher nicht ersichtlich. Denn sowohl Luxemburg wie auch Frankreich und Belgien, haben Vorkehrungen gegen die Verbreitung des Virus getroffen, die zum Teil noch über die Maßnahmen auf deutscher Seite hinausgehen. Eine zu Recht einzudämmende unnötige Reisetätigkeit macht jedoch keinen Unterschied, ob diese innerhalb z.B. eines Landes oder über eine "zufällig" dort befindliche europäische Binnengrenze stattfindet. Einzig Sinn machen würden Kontrollen bei definierten Risikogebieten.

Ein Konzept zur grenzüberschreitenden Bekämpfung von schweren Gefahren für die Gesundheit der Menschen existiert auch nicht ansatzweise. Dabei bieten das Übereinkommen der Regierungen Deutschlands, Frankreichs, Luxemburgs und der Schweiz vom 23.1.1996 und der neue Vertrag von Aachen hinreichend Lösungsmöglichkeiten zu einer gemeinsamen Strategie und für praktische Maßnahmen zur Bewältigung von, wie jetzt, kollektiv lebensbedrohlichen "Grosslagen".

Wir begrüßen das bilaterale Engagement der Bundesländer Rheinland-Pfalz und Saarland sowie vorbildliche Hilfen zwischen den Städtepartnerschaften und der beteiligten Krankenhäuser. Aber der sogenannte "Gipfel der Großregion" versagt nahezu völlig .

Wir fordern daher die beteiligten Regierungen, Institutionen und Behörden auf:

- 1. Die Grenzkontrollen in der jetzigen Form so schnell wie möglich wieder aufzuheben bzw. unter Berücksichtigung rein gesundheitlicher Aspekte, wie z.B. der Handhabung von Risikogebieten, anzupassen.*
- 2. Im Gesundheitswesen der Großregion grenzüberschreitende Kompetenzen zu schaffen, zu bündeln und zu koordinieren, um abgestimmte und wirksame Maßnahmen zur Bekämpfung grenzüberschreitender Bedrohungslagen zu ermöglichen.*
- 3. Die Großregion mit Entscheidungsstrukturen zu versehen, die von den beteiligten Teilregionen gemeinschaftlich ausgeübt werden.*

► **Roger Briesch,**
membre de l'IGR, ancien président du Comité économique et social européen

(verfasst am 28. April 2020)

« Es ist klar, dass Europa an einem Scheideweg steht. Aber um nach dieser Zeit, die zumindest anfänglich durch den Rückzug einiger Länder gekennzeichnet war, wieder wirksam zu werden, muss sie sich wieder in Ordnung bringen, mit einer Mahnung: es ist der Rat, d.h. die Staats- und Regierungschefs, die entscheiden, und nicht die Institutionen, d.h. die Kommission. Es sind die Staaten, die auf dem Fahrersitz sitzen. In den meisten Fällen setzen sie ihre Entscheidungen durch.

So wurden die ersten Vorschläge der Kommission zum Haushalt, so bescheiden sie auch waren, vom Rat umgestaltet. Der Rat ist der alleinige Herr der Lage; er ist seit Jahren bestrebt, Entscheidungen zu treffen und den Schwarzen Peter an die Kommission weiterzugeben. Wenn sie diese Widersprüche nicht überwindet, könnte die Europäische Gemeinschaft in großer Gefahr sein, wie Jacques Delors kürzlich feststellte.

Doch seit Beginn der Krise hat sich die Lage nach einer anfänglichen Phase des Zögerns langsam gebessert. Infolge des Covid-19 mussten sich die Staats- und Regierungschefs, d.h. der Rat, den neuen Erfordernissen der Situation anpassen, indem sie wichtige Entscheidungen trafen, die mehr im Geiste der Solidarität erfolgten.

Die Pandemie hat die positiven Aspekte des europäischen Eingreifens, aber auch die schwerwiegenden Mängel, die sich bei seiner Durchführung herausgestellt haben, deutlich gemacht. Nach der Krise werden wir einer gründlichen Überprüfung der Orientierungen und Prioritäten der Europäischen Union nicht entgehen. Eines ist sicher: Um auf weitere Katastrophen dieser Art vorbereitet zu sein und um unsere sozialen Errungenschaften zu bewahren, müssen wir auf geopolitischer Ebene bestehen. Zu diesem Zweck haben wir die Pflicht, Initiativen umzusetzen, die die Konsolidierung einer Gemeinschaft fördern, die um ein stärker integriertes und integratives Projekt herum vereint ist, sowie geeignete Strukturen zu schaffen, um auf aktuelle und künftige strategische Entwicklungen zu reagieren. »

■

► **Guy Keckhut,**
responsable de la communication de l'IGR, dirigeant de #GuyKeckhut Communications

(verfasst am 20. April 2020)

« Die Pandemie, die uns in den letzten Wochen überwältigt hat, macht es für unsere Regierungen nicht einfach. Welche Entscheidungen sie auch zu treffen haben, sie setzen sich - manchmal zu Recht - mit Kritik auseinander, die manchmal zu hart ausfällt. Die Schließung unserer Grenzen ist ein perfektes Beispiel dafür.

Hätten diese Grenzen geschlossen werden sollen oder hätte die Großregion als Sondergebiet betrachtet werden sollen? Dies würde starke politische Führung erfordern, die in der Lage sind, Entscheidungen zu treffen und umzusetzen. Dies ist nur ein Beispiel, unter anderen. Wir sind uns sehr wohl bewusst, dass diese Gremien - allen voran der Gipfel der Exekutivorgane der Großregion - derzeit nicht wirklich über diese Fähigkeit verfügen, zumindest nicht zur Bewältigung von Krisen dieses Ausmaßes.

Schauen wir also lieber nach vorne und wünschen uns etwas, und anstatt das, was getan wird, zu kritisieren, sollten wir wirklich belastbar werden. Seien wir gemeinsam intelligent und lernen wir aus dieser beispiellosen Situation. Wenn uns die grenzüberschreitende Zusammenarbeit wirklich am Herzen liegt, wenn unsere Großregion als gemeinsame Region behandelt wird, die wir als nützlich für das Zusammenleben empfinden, wenn unsere Freundschaft mit unseren Nachbarn stark genug ist, dann lassen Sie uns gemeinsam aus dem lernen, was wir durchmachen, aus den Entscheidungen, die

wir manchmal schlecht oder nicht ausreichend getroffen haben, lassen Sie uns aus all diesen einfachen, aber bereitwilligen Initiativen lernen, die gezeigt haben, dass Dinge möglich sind, wenn wir uns wirklich darum kümmern (ist das nicht richtig, Herr Hans? ist das nicht richtig, Herr Rottner?).

Kurz gesagt, hören wir auf, zurückzublicken, sondern wissen wir endlich, wie wir mutig zum Ausdruck bringen können, was wir gemeinsam leben wollen, und lassen Sie uns handeln. Weniger Treffen, weniger symbolische Fotos, weniger Worte, mehr Taten, mehr gemeinschaftliche Initiativen, mehr Vertrauen für alle Menschen vor Ort, die die grenzüberschreitend leben und die Großregion bilden. Es scheint, dass die Welt danach anders sein wird... Es ist möglich, vorausgesetzt, wir entscheiden es! »

■

► **Frédérique Seidel,**
membre de l'IGR, secrétaire générale de l'Uni.GR

(enregistrée le 15 avril 2020)

« Wenn man sich das Szenario der Grenzschießung zwischen Deutschland und Frankreich anschaut, scheint es, als sei das Saarland einer Entscheidung auf Bundesebene unterworfen worden, ohne zunächst zu reagieren. Dann mussten wir die ersten Reaktionen von den Bürgermeisterinnen der Grenzgemeinden, aber auch von den Unternehmen, die die Grenzarbeiter verteidigten, und schließlich von bestimmten politischen Persönlichkeiten aus Lothringen und dem Saarland abwarten, um die Dinge in Gang zu bringen. Und es ist klar, dass die politische Klasse im Saarland selbst in dieser Frage sehr gespalten ist.

Heute werden wir systematisch kontrolliert, wenn wir nach Deutschland fahren und wir brauchen vier Bescheinigungen, um von Deutschland nach Frankreich zurückzukehren. Für überzeugte Europäer wie uns ist dies ziemlich schockierend und sogar gewalttätig. Es fühlt sich wie ein großer Rückschritt an. Umso mehr sind wir uns bewusst, welches Glück wir haben, die Grenze unter normalen Umständen frei passieren zu können.

Ich denke, dass die Kommunikation im Zusammenhang mit der Schließung der Grenzen katastrophal war. Es ist, als würden wir das grenzüberschreitende Phänomen und all die sozialen und kulturellen Folgen entdecken, die es für unsere Regionen hat: 17 000 Grenzarbeiter, fast ein Drittel davon deutscher Herkunft.

Wir arbeiten derzeit an der Universität der Großregion an der Frage der Grenzen, mit zwei Beobachtungen. Auf der einen Seite das Paradox zwischen der Pandemie, die ein globales Phänomen ohne Grenzen ist, und den nationalen Reaktionen darauf ohne Konsultation oder so wenig. Damit sind wir wieder bei der Frage nach der Rolle der Grenze: eine Trennwand, aber eine poröse Trennwand, und eine Trennwand, die heute viele Phantasien hervorruft. Andererseits: Die aktuelle Krise stellt die grenzüberschreitende Politik auf eine harte Probe. Auch wenn wir bei einigen regionalen Akteuren Kooperationsbereitschaft spüren, sind sie selbst von nationalen Entscheidungen abhängig, die sie daran hindern. Dies wirft die Frage nach der Governance der Grenzregionen auf. »

Pour écouter l'enregistrement complet, il vous suffit de cliquer sur ce [lien](#).

Retrouvez aussi Frédérique Seidel dans ce [reportage](#) que lui a consacré la chaîne allemande ZDF dans son journal *Heute*, le 28 avril 2020.

■

► **Hanspeter Georgi,**
Vizepräsident des IGR

(verfasst am 20. April 2020)

« Die Grenzschießungen erfolgten aus nationaler Sicht. Hierüber konnte man aus europäischer Sicht nur den Kopf schütteln. Als Bürger der Großregion hätte man sich eine gemeinsame Strategie für die

Großregion gewünscht, ganz im Sinne des Aachener Vertrags. Das Kapitel 4 mit den Artikeln 13-16 stellen doch ausreichend Grundlagen dar für ein gemeinsames Handeln zumindest zwischen Frankreich und Deutschland.

Gesten des guten Willens gab es erfreulicherweise, die Notaufnahmen französischer Patienten in auch saarländischen Kliniken geben den Geist wider, der nun Pate für künftiges Handeln in der Großregion sein sollte. Die Erschwernisse für die Berufspendler, die mit den Grenzschießungen einhergingen, sind leider trotz Erleichterungen da oder dort immer noch eine Schande.

Aber in jeder Krise steckt ja auch der Auftrag, daraus zu lernen. Die erste Lehre sollte sein: wie müssen endlich mit Kompetenz und Handlungsfähigkeit ausgestattete Institutionen für unsere europäische Großregion schaffen. Vorschläge wie die Direktwahl des Interregionalen Parlamentarierrats oder die Wahl eines mit Befugnissen ausgestatteten Präsidenten der GR seien beispielhaft genannt.

Der Aachener Vertrag und das gemeinsame Bekenntnis von Jean Rottner und Tobias Hans sollten uns allen, die wir hier in Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Kultur oder Zivilgesellschaft tätig sind, jetzt als Wegweiser für die künftige bessere Zusammenarbeit in der GR sein. »

■

► **Sabrina Sagramola,**
Event-Managerin des IGR, EEN-Managerin bei der Handelskammer Luxemburg

Klicken Sie zum Anhören der am 28. April 2020 zur Aktion der Handelskammer Luxemburg erfolgten Aufzeichnung einfach auf diesen [Link](#).

■

► **Bruno Théret,**
Vizepräsident des IGR, Vizepräsident des Wirtschafts- und Sozialausschusses der Großregion

(verfasst am 28. April 2020)

« Luxemburg profitiert vom Beitrag einer sehr großen ausländischen Bevölkerung. Es gibt in der Hauptstadt mehr als 70 % ausländische Einwohner – 48 % im Großherzogtum Luxemburg insgesamt; dazu kommt noch ein großer Teil der 105.000 grenzüberschreitenden Arbeitnehmer! Das Großherzogtum braucht in vielen Bereichen Arbeitskräfte aus der Großregion, zur Zeit vor allem im Gesundheitssektor.

Luxemburg hat aber auch Solidarität bei der Aufnahme von Patienten aus der Region Grand Est gezeigt. Die Qualität des Austauschs zwischen den Chefs der Exekutiven auf den Gipfeltreffen der Großregion ist begrüßenswert; er hat die Aufnahme eines guten Dutzends von Patienten in Luxemburg sowie das Verschicken medizinischen Materials aus Deutschland nach Frankreich und den freien Warenverkehr und die Freizügigkeit für grenzüberschreitende Arbeitnehmer ermöglicht, die von Anfang an vom luxemburgischen Außenminister Jean Asselborn und von Corinne Cahen, Ministerin für die Großregion, verteidigt wurde.

Für die Einreise nach Luxemburg ist eine Bescheinigung des Arbeitgebers erforderlich. Für grenzüberschreitende Pendler sind die Grenzen nicht geschlossen, es ist allerdings klar, dass die derzeitigen Einschränkungen an bestimmten Kontrollpunkten der luxemburgisch-deutschen Grenze das europäische Ideal, insbesondere Schengen, auf eine harte Probe stellen! Bürgermeister deutscher und luxemburgischer Städte haben allerdings an die Ministerpräsidenten geschrieben, um ihre Ablehnung auszudrücken. Wir müssen Vertrauen zwischen Nachbarn und in die europäische Familie zeigen!

Zur Ausreise aus Luxemburg ist eine „Attestation de déplacement international dérogatoire“ erforderlich; dabei ist das Kästchen „französische Staatsangehörige“ anzukreuzen und außerdem in Frankreich die „Attestation de déplacement dérogatoire“ auszufüllen. Ich hoffe, dass diese außergewöhnliche Situation ein Nachdenken bewirken wird. Wir müssen sicherstellen, dass die

Großregion, dieser außergewöhnliche Raum, ein Modell für das „Zusammenleben“ ist. Die aktuelle Krise kann der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit neue Impulse verleihen. Wir müssen auf den Zeichen der Solidarität aufbauen, die im Verlauf dieser Wochen entstanden sind.

Die Großregion könnte jedoch noch weiter gehen, um den zwölf Millionen Bürgern im gleichen Lebensraum das Leben zu erleichtern, indem sie ihre Entscheidungen besser koordiniert, Hindernisse an den Grenzen beseitigt und sich dabei auf den EVTZ (Europäischer Verbund für territoriale Zusammenarbeit) und den Vertrag von Aachen stützt und das Recht auf Experimente in Anspruch nimmt. Das juristische Arsenal gibt es bereits, man muss es nur nutzen!

Trauen wir uns, eine wirkliche Plattform der Zusammenarbeit zu schaffen und einen „grenzüberschreitenden Plan des Aufschwungs“ zur Beendigung der Krise vorzuschlagen! Im Bereich der Aufhebung der Einschränkungen, der Wirtschaft, der Telearbeit, gemeinsamer Entwicklungsprojekte, grenzüberschreitender Mobilität, dualer Ausbildung, kollektiver Intelligenz, kultureller Angebote, ohne dabei die nachhaltige Entwicklung zu vergessen.

Mehr denn je muss die Großregion ihren Markt neu erobern, ihre Industrie entwickeln, die medizinische Nothilfe in der Großregion ausbauen, ein grenzüberschreitendes Gesundheitsobservatorium schaffen usw. und die bestehenden Strukturen sinnvoll nutzen, um effektiver zu werden und den Bürgern und der Wirtschaft das Leben zu erleichtern.

Die Großregion lebt von geteiltem Wissen, das von Bürgern gebildet wird, die sich ihrer Verantwortung bewusst sind. Lernen wir aus unseren Erfahrungen, indem wir unsere politischen Strukturen in der Großregion stärken und einen echten Bürgerdialog entwickeln, der auf Vertrauen und aktiver Beteiligung beruht. »

Klicken Sie zum Anhören der Aufzeichnung vom 20. April 2020 auf diesen [Link](#).

■
► Tristan Atmania,
responsable du suivi des projets transversaux à l'IGR

(verfasst am 29. April 2020)

« Die Großregion wird häufig wegen ihrer für den Bürger abstrakten Existenz, ihres mangelnden Zusammenhalts sowie ihrer operativen Schwäche bei der Planung und Durchführung struktureller Maßnahmen zur Steigerung ihrer Attraktivität und Ausstrahlung kritisiert.

Auch wenn die Großregion während der Krise nicht als eigene Struktur handelt, so ist doch festzustellen, dass sie operativ ist und eine Antworten gibt, die nicht nur effektiv, sondern auch für die Bürger sichtbar sind. In der Tat, wenn von der Effektivität der Großregion in der Krise die Rede ist, sollten wir wissen, dass vom Saarland und von Luxemburg fast 200 Patienten aus der Region Grand Est in Krankenhäusern an der Grenze aufgenommen wurden, ein Nachweis wirklich solidarischer Politik im Gesundheitsbereich. Einige sagen: „Ist das Europa?“, sie sollten sagen „Vielen Dank, Großregion!“.».

Die wieder errichteten Grenzen erinnern an eine vergangene Epoche und wurden übrigens sowohl von den Bewohnern der Grenzgebiete als auch von den lokalen und regionalen Behörden, die sich für die kulturelle und wirtschaftliche Integration ihres gemeinsamen Lebensraums einsetzten, in Frage gestellt. Tobias Hans, der Ministerpräsident des Saarlands, und Jean Rottner, der Präsident der Region Grand Est, haben sich in einem gemeinsamen Forum in der berühmten FAZ entsprechend geäußert und mehr Zusammenarbeit und Synergie in der Großregion gefordert, wobei sie sich auf die Tatsache stützten, dass das Gebiet mit seinen 220.000 grenzüberschreitenden Arbeitnehmern den größten Arbeitsmarkt in Europa darstellt!

Es ist erwiesen, dass die Krise ein Entscheidungsbeschleuniger ist. Die Mobilisierung der politischen und wirtschaftlichen Akteure der Großregion muss ohne weiteres Abwarten zu konkreten Maßnahmen führen, um unseren gemeinsamen europäischen Raum mit neuen Instrumenten im Gesundheitsbereich auszustatten aber auch um Hindernisse in den Bereichen Wirtschaft und Beschäftigung zu beseitigen. Die Schaffung eines grenzüberschreitenden Gesundheitsobservatoriums

nach dem Vorbild im Bereich der Beschäftigung, das der Volkszählung und der Harmonisierung der verschiedenen Indikatoren der Regionen, aber auch der Förderung einer reibungsloseren Zusammenarbeit im Gesundheitsbereich gewidmet ist, muss zu einer Priorität werden.

Nachdem die Krise jeden von uns dazu bringt, unseren ökologischen Fußabdruck und damit unsere Mobilität zu hinterfragen, ist es offensichtlich geworden, dass die bisher für grenzüberschreitende Telearbeit geltenden Beschränkungen erheblich gelockert werden müssen.

Die Zukunft der Großregion liegt vor uns, wir müssen sie nur in Angriff nehmen. »

■

► **Charles-Ferdinand Nothomb,**
président d'honneur de l'IGR

(enregistré le 23 avril 2020)

« Je suis un Européen convaincu mais en tant qu'ancien ministre de l'Intérieur, je crois que pour des raisons de sécurité, il n'était pas totalement illogique de fermer les frontières un moment donné, même si nous vivons ensemble dans un mouchoir de poche européen qui s'appelle Grande Région.

Bien sûr, il faut reconnaître que c'est triste de s'arrêter à la frontière avec des documents pour aller travailler de l'autre côté. A l'évidence, cela nous ramène pour l'instant cinquante ans en arrière. Mais quand il y a une nécessité vitale de sécurité, il faut bien que les pouvoirs publics prennent leurs responsabilités. D'une manière générale, les habitants des différentes régions ont d'ailleurs assez bien accepté ces dispositions.

En Belgique, notre système très décentralisé est beaucoup plus « concertant ». Il nous amène à débattre davantage ensemble notamment entre le fédéral et le régional.

Par contre, j'ai vécu avec admiration le fait que les pays comme le Luxembourg et les régions allemandes aient ouvert leurs hôpitaux aux patients français. J'ai trouvé dommage que la Belgique n'ait pas pu ou su le faire.

Au niveau « grand régional », il faudra sans doute réfléchir à ce qu'on pourrait faire si se reproduit une crise telle que celle que nous venons de vivre ».

Pour écouter l'intégralité de l'enregistrement, il vous suffit de cliquer sur ce [lien](#).

■

► **Charlotte Schneiders,**
membre du comité de pilotage du Forum d'avenir des Jeunes de la Grande Région

(enregistrée le 24 avril 2020)

« Face à l'épidémie, les Länder ont pris des décisions relativement différentes. La Bavière et la Sarre ont été plus strictes en matière de confinement. La Sarre en raison de sa proximité avec le Grand Est, très touché par la maladie. En Allemagne, nous avons une mosaïque de mesures dues au fédéralisme. Mais il est clair que la vie de tous les jours a été bouleversée depuis le mois de mars. De mon côté, même s'il n'y a pas comme en France d'attestation à remplir, j'ai limité mes déplacements au maximum. Je n'ai pas vu mes parents par exemple depuis plusieurs semaines alors qu'ils habitent en Sarre.

En ce qui concerne la fermeture des frontières, j'ai été très surprise par la rapidité de la décision. Du jour au lendemain, il est devenu beaucoup plus difficile de traverser la frontière. J'ai également été frappée par l'absence de concertation. Au départ, tout a été décidé depuis Berlin. Tout cela a provoqué beaucoup de réactions au niveau local. Les maires sarrois de communes partenaires avec les villes lorraines ont publié une vidéo en indiquant que la coopération frontalière devait rester

intacte. D'autres discussions assez vives ont eu lieu en raison de la position charnière de la Sarre entre la France et l'Allemagne. La coopération transfrontalière fait partie de l'identité sarroise.

J'espère que cette fermeture physique des frontières sera provisoire et j'espère surtout qu'elle ne constituera pas une fermeture mentale. Je pense par ailleurs que le Sommet des Exécutifs de la Grande Région n'a pas joué suffisamment son rôle, même si c'était difficile dans la période.

En tout cas, il faudra que nous apprenions à travailler beaucoup plus ensemble à l'avenir. Le Conseil parlementaire interrégional a d'ailleurs fait savoir, lui aussi, qu'il aurait fallu davantage se concerter ».

Pour écouter l'intégralité de l'enregistrement, il vous suffit de cliquer sur ce [lien](#).

■

► **Pascal Ickx,**
membre du Bureau de l'IGR

(rédigé le 24 avril 2020)

« La pandémie nous impose d'adopter une attitude et un comportement diamétralement opposés à ceux que la société et la civilisation nous encouragent depuis toujours à pratiquer. On dirait que le virus incite de même les états à agir en contradiction avec tout ce qui serait souhaitable qu'ils fassent habituellement.

C'est pourquoi, les états doivent se ressaisir, résister aux tentations du repli sur soi et continuer à unifier leurs pratiques pour une vie collective plus harmonieuse et moins exposée aux inégalités et injustices involontaires. Et songer qu'en moyenne 25 % de leurs populations vivent au voisinage de frontières avec leurs voisins. La réponse de la population en temps de crise devrait être conforme à la discipline librement consentie sous le signe de la responsabilité individuelle. Comme le préconise Jean-Jacques Rousseau ? »

■

► **François de Wendel,**
membre de l'IGR

(verfasst am 15. April 2020)

« Unsere deutschen Freunde haben bemerkenswerte Qualitäten, wenn es darum geht, Probleme zu antizipieren, Lösungen zu planen und ihre Staatsangehörigen zu schützen. Trotz ihres wirklich europäischen Geistes sind sie jedoch nicht bereit, sich einer echten europäischen Solidarität zu öffnen, und betrachten die lateinischen Länder wie in der Fabel die Ameise die Zikade betrachtet. Eines scheint ihnen zu entgehen. Vor dem Euro wurden die Leistungsunterschiede zwischen den Volkswirtschaften durch Wechselkursdifferenzen ausgeglichen: Die Deutsche Mark wurde aufgewertet, die italienische Lira (oder manchmal der französische Franc) wurde abgewertet. Die Deutschen wurden reicher, die Italiener fühlten sich mit einer höheren Inflation weniger wohl, aber ihre Wirtschaft drehte rund.

Mit dem Euro kann Deutschland seine Produkte billiger verkaufen, als dies der Fall wäre, wenn die DM die Preise für Exporte nach oben anpassen würde, was zu einer Erhöhung der billigen Exporte ohne monetäres Korrektiv führt. Die Franzosen (oder die Italiener) sind in der entgegengesetzten Situation. Der Extremfall einer solchen Situation war die Griechenlandkrise. Wenn Griechenland nicht den schrecklichen Fehler begangen hätte, den Euro einzuführen, hätte es der Krise mit der Abwertung der Drachme die Stirn bieten können. Zwar hätte die Bevölkerung unter dem Anstieg der Importpreise gelitten, aber sie hätte nicht einen fast vollständigen Stillstand der Wirtschaftstätigkeit ertragen müssen.

Das Grundproblem besteht darin, dass der Euro eingeführt wurde, ohne der Eurozone die notwendigen Disziplinierungsinstrumente zur Verfügung zu stellen: gemeinsame Haushaltsstrenge, aber auch gemeinsame Steuer- und Transfersysteme, kurz gesagt eine auf Vereinheitlichung ausgerichtete Finanz-, Sozial- und Steuerpolitik. Infolgedessen sind die Deutschen die großen

Gewinner und lehnen jede wirtschaftliche oder soziale Solidarität ab. Was wir an den Grenzen sehen, ist nur eine direkte Folge davon.

Der Bau Europas steht auf dem Spiel. Es ist schwer nachzuvollziehen, dass Deutschland entsprechend seiner Kostenstruktur von einer unterbewerteten Währung profitiert, andere Länder jedoch durch die Verpflichtung zum Verkauf in einer für sie überbewerteten Währung bestraft werden sollten. Dies war einem der wichtigsten Berater Frau Merkels nicht entgangen, der sich vor zehn Jahren für die Schaffung eines dualen Systems ausgesprochen hatte: eine starke Euromark für die Länder Nordeuropas und ein schwacher Euro für Südeuropa. Dies war eine Antwort auf die Währungsproblematik und hätte Solidaritätsmechanismen seitens Deutschlands überflüssig gemacht. Dieser Gedanke wurde aus zwei Gründen nicht aufgegriffen: zum einen wegen der Schwäche der Europäischen Kommission, die nicht sehen wollte, wie die Verfahren gegenseitiger Hilfe zwischen Staaten in einem föderativen System wie den Vereinigten Staaten funktionierten, zum anderen wegen den in den europäischen Bevölkerungen noch immer bestehenden Vorurteilen, die ihre Wurzeln in der Antike, den Religionskriegen usw. haben. Ohne europäische Solidarität wird der Euro nicht überleben können. »

■
Frédéric Kestener,
Mitglied des IGR

(verfasst am 28. April 2020)

« Ich war damals ein kleines Kind und besuchte oft meine Großmutter väterlicherseits; mehr als an ihr Gesicht erinnere ich mich oft an den Küchentisch, der jedes Mal vibrierte, wenn die Lastwagen den Abstieg von Apach, damals ein wichtiger Transitpunkt, hinunterfuhren. Mein Vater, der dort nach dem Krieg 100 Meter von Schengen entfernt geboren wurde, war in seinen besten Jahren und hatte in unserem Haus mütterlicherseits in Neukirchen – ebenfalls 100 Meter von der Grenze zwischen Mosel und Saarland entfernt – seine Familie gegründet. Zusammen mit Bruder und Schwester bin ich umgeben von Zollschranken, Absperrungen aus Stein und Schmugglerpfaden aufgewachsen. Wenn man dort im Niemandsland mit fränkisch klingendem Namen aufgewachsen ist, verpflichtet dies sicherlich umso mehr zu geistiger Offenheit. Für einige zu deutsch, für andere zu französisch, die Grenzen überschreiten uns öfter als wir sie. Wir sind in dieser Topografie gefangen, kann unser Teig nur nach oben entweichen?

Einstmals fuhren unsere Ahnen in ihren Kutschen auf den Straßen und Wegen der Mosel im Saarland hin und her, ohne den Behörden Rechenschaft schuldig zu sein. Diese Wege sind heutzutage zerfallen und nicht mehr befahrbar und versanden in Ackerfurchen. Haben wir vergessen, dass der nationale Antagonismus aufgrund der Annexionen unsere Straßen und Dörfer umgestaltet hat und dass mit dem Bau von Grenzstraßen zur Erleichterung von Zoll- und Akzisenkontrollen auch unsere Gedanken eingeschlossen worden sind und wir gegeneinander aufgebracht wurden? Wir, Europäer, Nachbarn, die die gleiche Abstammung teilen und eine gemeinsame Sprache zum Erbe erhalten haben...

Ich war 9 Jahre alt, als 1985, einen Steinwurf vom Haus des Vaters entfernt, die ersten Schengener Abkommen unterzeichnet wurden, als Lothringer, Saarländer und Luxemburger diesen wahren Geschmack der Freiheit wiederentdeckten und überall die physischen Barrieren beseitigt wurden. Wie der Urknall, nach dem sich das Universum entwickelte, hat Schengen eine unaufhaltsame Befreiung unseres Geistes ausgelöst, der in unseren von Grenzen beherrschten Köpfen eingeschlossen war!

Und dies gilt auch nach 35 Jahren, im Jahr 2020, nachdem die internationalen Wirtschaftsgrenzen verschwunden sind, und ein unsichtbares Virus uns in die Tiefen unserer selbst eingesperrt hat. Und selbst angesichts des alten und üblen Beigeschmacks der überwunden geglaubten, in wenigen bornierten Köpfen freigesetzten verabscheuungswürdigsten barbarischen Impulse kann sich die im europäischen Maßstab erfolgende Erweiterung unseres Geistes nicht mehr darauf zurückziehen. Denn in Neunkirchen, in Apach und anderswo grasen auf der französischen, deutschen oder luxemburgischen Seite unserer Hügel an der Grenze die gleichen Kühe und kein Stacheldraht wird uns mehr trennen können. »

AUS DER PRESSE

Sie äußerten sich...

- ▶ Gerd Heger, animateur à la radio sarroise
- ▶ Jean Rottner et Tobias Hans dans une tribune commune
- ▶ Patrick Weiten et Stephan Toscani dans une autre tribune
- ▶ Des maires frontaliers à Schengen
- ▶ Christophe Arend, député de la Moselle, président du groupe d'amitié France-Allemagne
- ▶ Des bourgmestres allemands et luxembourgeois
- ▶ Nicolas Meyer-Landrut, ambassadeur d'Allemagne en France

Klicken Sie zum Anhören dieser Äußerungen auf diesen [Link](#).

Institut der Großregion
www.institut-gr.eu
